

Dokumentation Verbandstag 2006 des Genossenschaftsverbandes Bayern in München:

„Genossenschaft und Mittelstand - gewinnen durch Partnerschaft“

Wertekonzept aktueller denn je - Plädoyer für eine Neuausrichtung der Steuerpolitik

Äußerst selbstbewusst präsentierte sich der Genossenschaftsverband Bayern (GVB) bei seiner Jahrestagung im Internationalen Congress Center München (ICM). Vor über 1.400 Gästen bezeichnete Verbandspräsident und Vorstandsvorsitzender Stephan Götzl die Genossenschaften als „Trendsetter der Sozialen Marktwirtschaft“. Inzwischen rund 150 Jahre alt, habe sich die genossenschaftliche Idee in der Praxis bewährt - „und manches Mal dabei in alles anderen als einfachen Zeiten“.

Einer der Gründe für den Erfolg der Unternehmensform liege darin, „dass es ihr gelingt, sich in ganz unterschiedlichen Branchen und in der Bevölkerung zu verankern“ - angefangen vom klassischen Raiffeisen-Waren- und Dienstleistungsgeschäft der genossenschaftlichen Milchwirtschaft über die gewerblichen Genossenschaften bis hin zum Bankgeschäft. Die genossenschaftliche Unternehmensform finde sich heute in rund 35 Branchen der bayerischen Wirtschaft.

Stützpfiler des ländlichen Raums

Die primären Stärken der bayerischen Genossenschaften seien in ihrer Nähe zu den Menschen und ihrer Ver-

bundenheit zur bayerischen Heimat zu suchen. Diese Verbindung deklarierte Götzl als „unverzichtbar“. Das Wertekonzept der genossenschaftlichen Unternehmensform sei heute „aktueller denn je“. Götzl: „Wir sprechen die Menschen vor Ort an, sind mit ihren Wünschen und Problemen vertraut, bieten bedarfsgerechte Produkte und handeln in den Regionen für die Regionen. Wir sind der Stützpfiler des ländlichen Raums.“

Mit Blick auf „die meisten politischen Akteure“ beklagte der Präsident indes den Umstand, dass für sie „noch immer die Sicherung und der Ausbau des Wohlfahrtsstaates“ vorrangig sei. Aus diesem Grunde müssten in Zukunft folgende Punkte umgesetzt werden:

1. Abbau von bürokratischen Lasten,
2. Neuausrichtung der Steuerpolitik,
3. Grundlegende Reform der sozialen Sicherungssysteme.

Eigenverantwortung und Selbsthilfe

„Die Werte der Eigenverantwortung und Selbsthilfe müssen in Deutschland wieder stärker in den Mittelpunkt gerückt werden“, forderte Götzl. Die bisherige „Politik der Bevormundung und Unfreiheit“ entziehe der Volkswirtschaft die lebenswichtige Substanz.

„Der bayerische Genossenschaftstag ist mehr als nur die Erinnerung an die beständige Tradition der Genossenschaften in Bayern“, hob der ehrenamtliche Verbandspräsident und Vorsitzende des Verbandsrats, Leonhard Dunstheimer, hervor. Vielmehr zeige er die „Vitalität und Leistungskraft der bayerischen Genossenschaften, die Innovationskraft und den wirtschaftlichen Erfolg einer lebendigen Organisation“



Der Präsident des Genossenschaftsverbandes Bayern, Stephan Götzl (2. v. r.), begrüßte die beiden Hauptredner des Verbandstages, Prof. Dr. Hans-Werner Sinn und Bundeswirtschaftsminister Michael Glos sowie den Fraktionsvorsitzenden der CSU im Bayerischen Landtag, Joachim Herrmann (v. l.). □



Mehr als 1.400 Teilnehmer kamen zum Verbandstag 2006 in das ICM München. □

auf. Die gewachsenen Werte genossenschaftlicher Unternehmenskultur böten die Möglichkeit, den neuen Herausforderungen des Marktes erfolgreich zu begegnen.

Genossenschaftliche Vielfalt

Groß sei das Spektrum genossenschaftlicher Vielfalt, sagte Dunstheimer. In jeder Branche sowie flächendeckend produzierten die Kreditgenossenschaften wie die Raiffeisen-Waren- und Dienstleistungsgenossenschaften sowie die Gewerblichen Waren- und Dienstleistungsgenossenschaften und Molkereigenossenschaften innovative Produkte, sorgten für Arbeitsplätze im ländlichen Raum und förderten somit den bayerischen Mittelstand.

Zahlreiche kommunalpolitische Repräsentanten

Der Verbandsratsvorsitzende verwies unter anderem auf die vielen kommunalpolitischen Repräsentanten, die mit den Genossenschaften in der Region exzellent zusammenarbeiteten, auf die Vertreter des genossenschaftlichen Finanzverbundes, auf die Repräsentanten der Dachverbände sowie die Vertreter der regionalen Genossenschaftsverbände. Sie alle seien „starke Partner“.

Jobmotor Mittelstand

„Eine zentrale Aufgabe, um den Jobmotor Mittelstand auf Touren zu bringen, ist die finanzielle Sicherung seiner investiven und innovativen Vorhaben“, betonte Bundeswirtschaftsminister Michael Glos, MdB. Jedes aussichtsreiche Vorhaben, das an der Finanzierung scheitere, bedeute einen Verlust an volkswirtschaftlichem Wachstum. Die

zahlreichen Kreditgenossenschaften leisteten hier ihren Beitrag dazu, den Mittelstand ausreichend mit Krediten zu marktgerechten Konditionen zu versorgen. In Situationen, in denen das Marktangebot insgesamt ungenügend sei, sei der Bund mit Fördermitteln durch das ERP-Sondervermögen und die Kreditanstalt für Wiederaufbau zur Stelle.

Novelle des Genossenschaftsrechts

„Eher unbemerkt von der Öffentlichkeit“ habe der Deutsche Bundestag im Mai eine umfangreiche Novelle des Genossenschaftsrechts beschlossen, fuhr Glos fort. Diese erleichtere zum einen die Gründung europäischer und kleiner inländischer Genossenschaften und trage zum anderen in vielen Punkten dazu bei, das seit Jahrzehnten bewährte Genossenschaftsgesetz zu modernisieren. Insgesamt führe es zu einer „weiteren Stärkung des Genossenschaftsgedankens“.

Einfachere Gründung

Die Gründung einer eingetragenen Genossenschaft werde sich in Zukunft einfacher gestalten, zeigte sich Glos überzeugt. Waren früher sieben Gründungsmitglieder Voraussetzung, so genügten nunmehr drei potenzielle Teilnehmer. Wie Glos weiter ausführte, werde die Kapitalbeschaffung und -erhaltung bei Genossenschaften verbessert. „Es werden Sachgründungen zugelassen. Es kann ein Mindestkapital eingeführt werden. Und es können rein investierende Mitglieder zugelassen werden.“

„Mut zu Reformen“ forderte der Präsident des Münchner ifo Instituts für

Wirtschaftsforschung, Prof. Hans-Werner Sinn. Da der deutsche Sozialstaat falsch strukturiert sei, müsse er umgebaut werden. Benötigt werde zunächst eine Steuerreform, die auch die Arbeitnehmer entlastet. Darüber hinaus gelte es, sich zu einer Verlängerung der Arbeitszeit ohne Lohnausgleich zu bekennen. Sinn plädierte für eine Ausweitung der Arbeitszeit von 38 auf 42 Stunden, um Deutschlands Arbeitnehmer wettbewerbsfähiger zu machen.

Öffnungsklauseln für Flächentarifverträge

Erforderlich seien Sinn zufolge „Öffnungsklauseln für die Flächentarifverträge, um die Gewerkschaftsmacht in diesem Punkt zu brechen“. Zudem hält er eine Lockerung des Kündigungsschutzes für notwendig. So sollte dieser bei Neuverträgen „radikal abgeschafft“ werden. Sinn: „Überall dort auf der Welt, wo es ein liberales Kündigungsrecht gibt, ist die Arbeitslosigkeit gering.“

Mitmachen honorieren

Da der deutsche Sozialstaat falsch strukturiert sei, müsse er umgebaut werden. Weil das Arbeitslosengeld wie eine Art Mindestlohn auf dem Arbeitsmarkt wirke, verringere dies die Bereitschaft, eine reguläre Arbeit für einen im Vergleich niedrigeren oder gleichen Lohn aufzunehmen. Der Staat solle „weniger fürs Nichtstun“ und mehr fürs Mitmachen bezahlen. Die Konstruktion des Sozialstaates habe zur Folge, dass die Lohnskala von unten nach oben zusammengestaucht werde. Aufgrund dieses „Ziehharmonika-Effekts“ weise Deutschland die geringste Lohnspreizung auf und nehme die weltweite Spitzenposition bei der Arbeitslosigkeit der gering Qualifizierten ein.

„Wir brauchen deshalb den aktivierenden Sozialstaat“, forderte Sinn. Es gelte, den Lohnersatz sukzessive in Lohnzuschüsse umzuwandeln. Das Arbeitslosengeld sei derart umzugestalten, dass 500 statt nur 100 Euro eigenen Verdienstes möglich sind. Der Regelsatz, den man im Falle der Nichtarbeit erhält, sollte um ein Drittel gekürzt werden.

Menschen, die gleichwohl keinen Arbeitsplatz finden, könnte wiederum die Chance eröffnet werden, sich in ihrer Kommune in einem Leiharbeitsverhältnis beschäftigen zu lassen, fuhr der Ökonom fort. Die Stadt oder Gemeinde könne die Arbeitskräfte an die private Wirtschaft verleihen, in dem sie mit Zeitarbeitsfirmen kooperiere, die bereits Erfahrung mit diesem Geschäft haben. Konkurrenz für das lokale Handwerk würde somit erfolgreich vermieden. □

Stephan Götzl:

Trendsetter der Sozialen Marktwirtschaft

„Die genossenschaftliche Unternehmensform mit ihrer Wertetrias der Selbstverantwortung, Subsidiarität und Solidarität ist kein Relikt des 19. Jahrhunderts“, betonte der Präsident des Genossenschaftsverbandes Bayern. Vielmehr sei die genossenschaftliche Unternehmensform eine zutiefst marktwirtschaftliche und damit höchst moderne.

In ihrer Gründungs- und Wirtschaftsphilosophie seien jene Organisationsprinzipien von Bedeutung, die im 20. Jahrhundert maßgeblich für die Soziale Marktwirtschaft wurden. Götzl zufolge sind Genossenschaften „die Trendsetter der Sozialen Marktwirtschaft“. Sie böten Sicherheit, Vertrauen und Zuversicht. Diese Attribute zeigten sich auch darin, dass sie Jahr für Jahr über eine halbe Milliarde Euro in den Standort Bayern investieren. Mithilfe ihrer Mitarbeiter und modernen Unternehmen würden jährlich rund 3,9 Mrd. Euro an Wertschöpfung in Bayern erwirtschaftet. Mit über 300 Mio. Euro seien die bayerischen Genossenschaften ein bedeutender Steuerzahler für die bayerische Staatskasse. Mit einer Eigenkapitalquote von fast 40 Prozent lägen sie weit über dem mittelständischen Durchschnitt von 7,5 Prozent.

Die bayerischen Genossenschaftsbanken, die mit 3.346 Geschäftsstellen über das dichteste Netz aller bayerischen Bankengruppen verfügen, haben

laut Götzl im ersten Halbjahr 2006 mehr LfA-Förderkredite vermittelt als jede andere Bankengruppe. „Hier sind



Bild mit Symbolcharakter: Leonhard Dunstheimer, ehrenamtlicher Verbandspräsident des GVB (li.), und Stephan Götzl (re.) spielen sich gekonnt die Bälle zu. □

Ehrenamtlicher Verbandspräsident Leonhard Dunstheimer:

Tradition und Innovationskraft

„Genossenschaften sind in jeder Branche und in jeder Region zu finden, produzieren interessante und innovative Produkte, stellen Arbeitsplätze im ländlichen Raum sicher und halten damit als Motor den bayerischen Mittelstand in Schwung. Das gilt gleichermaßen für Kreditgenossenschaften, Molke- und Milchgenossenschaften, wie Raiffeisen-Waren- und Dienstleistungsgenossenschaften sowie für die Gewerblichen Waren- und Dienstleistungsgenossenschaften“, stellte der ehrenamtliche Verbandspräsident und Vorsitzende des Verbandsrats, Leonhard Dunstheimer, fest.

In der Genossenschaft trafen sich Tradition und Innovationskraft. Die gewachsenen Werte genossenschaftlicher Unternehmenskultur böten die Chance, den neuen Herausforderungen des Marktes zu begegnen. Der heuer zum 107. Mal stattfindende Verbandstag sei daher mehr als nur die Erinnerung an die beständige Tradition der Genossenschaften in Bayern, betonte Dunstheimer. Er demonstrierte vielmehr die „Vitalität und Leistungskraft der bayerischen Genossenschaften, die Innovationskraft und den wirtschaftlichen Erfolg einer lebendigen Organisation“.

Dunstheimer begrüßte zahlreiche Gäste aus Bundestag, Landtag und Kommunalpolitik. Sie alle hätten den Genossenschaften in ihrem jeweiligen Einflussbereich in vielen Sachfragen ein offenes Ohr entgegengebracht. Mit ihrer Hilfe habe man die praxisgemäße Umsetzung der Genossenschaftsrechtsnovelle erreicht und damit das Fundament für eine moderne Unternehmensverfassung gelegt. Die Vertreter des genossenschaftlichen Finanzverbundes, Vertreter der Dachverbände, die Vertreter der regionalen Genossenschaftsverbände sowie die strategischen Partner hieß er ebenso herzlich willkommen. □

wir Marktführer“, so der Präsident. Dass die Genossenschaften eine immer stärker werdende Bedeutung haben, „zeigen auch unsere politischen Erfolge - zuletzt bei der Novellierung des Genossenschaftsgesetzes.“

Allerdings kritisierte der Verbandspräsident, dass für die meisten politischen Akteure noch immer die Sicherung und der Ausbau des Wohlfahrtsstaates an erster Stelle stehe. Die Werte der Freiheit und des Eigentums fänden dagegen in der deutschen Politik zu wenig Beachtung.

Mit seiner Kritik verband Götzl die Forderung nach einem Abbau bürokratischer Lasten, einer Neuausrichtung

der Steuerpolitik sowie einer grundlegenden Reform der sozialen Sicherungssysteme. Ausdrücklich begrüßte er in diesem Zusammenhang die geplante Einführung einer Abgeltungssteuer auf Kapitalerträge. Wie bei der gesamten Unternehmensteuerreform komme es nun auf die Details an.

Der Präsident appellierte an die Politik, die Werte der Eigenverantwortung und Selbsthilfe hierzulande wieder stärker in den Blickpunkt des Interesses zu rücken. Mit der bisherigen „Politik der Bevormundung und Unfreiheit“ verlor der Staat und damit die Demokratie zunehmend an Unterstützung.

„Sie ist die schlechende Blutvergiftung unserer Gesellschaftsordnung“, betonte Götzl. Verbunden damit entziehe sie der Volkswirtschaft Substanz und lähme unternehmerisches Engagement: „So eine Politik führt zur inneren Emigration der Staatsbürger anstatt zu mehr Vertrauen und Zuversicht. Wir brauchen dringend mehr Mut in der sozialen Reformdebatte. Wir brauchen Reformen, die die nachwachsenden Generationen ent- und nicht belasten.“ □

Michael Glos:

Mittelstand in Deutschland

„Genossenschaften prägen maßgeblich das Wirtschaftsleben in Deutschland“, bemerkte der Bundesminister für Wirtschaft und Technologie. Über 1.100 genossenschaftliche Unternehmen mit insgesamt rund 70.000 Mitarbeitern vertreten den Genossenschaftsgedanken im Freistaat Bayern. 2,7 Millionen bayerische Bürger seien Mitglied einer Genossenschaft, was immerhin jedem vierten Einwohner entspreche. Zudem seien Genossenschaften ein wichtiger Arbeitgeber, gerade in einigen strukturell benachteiligten Gebieten Bayerns.

Die zahlreichen Kreditgenossenschaften trügen dazu bei, den Mittelstand ausreichend mit Krediten zu marktgerechten Konditionen zu versorgen, sagte Glos. Dennoch gäbe es Situationen, in denen das Marktangebot insgesamt unzureichend sei oder ein Angebot überhaupt nicht bestünde. Hier stünde der Bund subsidiär mit seinem Angebot an Fördermitteln durch das ERP-Sondervermögen und die Kreditanstalt für Wiederaufbau bereit.

Auf die vom Deutschen Bundestag beschlossene Novelle des Genossenschaftsrechts eingehend, wies Glos darauf hin, dass diese zum einen die Gründung europäischer und kleiner

inländischer Genossenschaften erleichtere und zum anderen in zahlreichen Punkten zur Modernisierung des seit Jahrzehnten bewährten Genossenschaftsgesetzes beitrage. Der Minister: „Letztlich haben wir ein gutes Ergebnis erzielt, das den Belangen kleiner wie großer und mitgliederstarker Genossenschaften entspricht. Mit dem vom Bundestag beschlossenen Paket sind wir auf einem guten Weg hin zu einem modernen, europatauglichen Genossenschaftsrecht.“

Künftig werde es einfacher sein, eine eingetragene Genossenschaft zu gründen, betonte Glos. Statt der bislang erforderlichen sieben Gründungsmitglieder seien nunmehr drei potenzielle Mitglieder für eine Gründung ausreichend. Die Rechtsform der eingetragenen Genossenschaften werde künftig auch für soziale oder kulturelle Zwecke geöffnet.

Kleine Genossenschaften werden nach Glos' Einschätzung von den vorgesehenen Erleichterungen bei der Prüfung der Jahresabschlüsse profitieren. Verbessert werde die Kapitalbeschaffung und -erhaltung bei Genossenschaften. So würden Sachgründungen zugelassen; zudem könnten ein Mindestkapital eingeführt und rein investierende Mitglieder zugelassen werden. □

Prof. Dr. Hans-Werner Sinn:

Mut zu Reformen!

„Kein Zweifel: Deutschland erlebt derzeit einen wirtschaftlichen Aufschwung. Der ifo Index ist seit Sommer 2005 beständig gestiegen und hat einsame Höhen erreicht. Das Problem ist nur, dass es sich hierbei um einen Aufschwung konjunktureller Art handelt und dieser keine strukturelle Trendwende darstellt“, betonte der Präsident des Münchner ifo Instituts für Wirtschaftsforschung. Um Deutschlands Position als führende Wirtschaftsnation zu retten, bedürfe es grundlegender Reformen der institutionellen Verhältnisse.

Notwendige Reformen müssten sich auf den Arbeitsmarkt konzentrieren, denn Arbeit sei die Quelle des Wohlstands und die Kosten der Arbeit die einzigen relevanten Standortkosten im internationalen Wettbewerb, erklärte Sinn. Ein flexibler Arbeitsmarkt, auf dem der Lohn durch Angebot und Nachfrage gebildet wird, werde zu niedrigeren Stundenlohnkosten führen. „Am einfachsten wird dies erreicht, wenn die Arbeitszeit verlängert wird“, so der ifo-Präsident. Bei gleichem Monatslohn müsse die Arbeitszeit um 10 Prozent steigen, wenn man die Arbeitskosten je Stunde um 10 Prozent senken wollte. Das hieße, „die wöchentliche Arbeitszeit von 38 Stunden auf 42 Stunden zu erhöhen“. „Die dadurch entstehende Produktivitätssteigerung wird zwangsläufig zu mehr Arbeitsplätzen führen“, zeigte sich der Ökonom überzeugt.

Neben der Forderung, die Abgabenlast zu reduzieren („Der Staat schöpft zu viel für seine Zwecke ab“), sprach sich der Präsident für die Stärkung der betrieblichen Tarifautonomie aus.

Auch in punkto Kündigungsschutz

sieht er Handlungsbedarf: Dieser habe für die deutschen Arbeitnehmer die Arbeitsplatzsicherheit verringert, weil er die Arbeitslosigkeit vergrößert habe. Abgesehen von einem Bestandsschutz für bestehende Arbeitsverhältnisse plädierte Sinn bei Neuverträgen für die „radikale Abschaffung“ des gesetzlichen Kündigungsschutzes. Das neue System werde die Unternehmen ermuntern, mehr Einstellungen zu wagen, weil sie flexibler auf unerwartete Änderungen der Absatzlage reagieren könnten.

Jobkiller Lohnersatzsystem

Als Hauptgrund für die hohe Arbeitslosigkeit hierzulande benannte Sinn das „Lohnersatzsystem des Sozialstaates“. Der Lohnersatz in Form des Arbeitslosengelds II sei „ein Jobkiller par excellence“ und demzufolge als soziales Versuchsmodell gescheitert. Er mache den Staat zu einem Konkurrenten der privaten Wirtschaft, „der Löhne für das Nichtstun anbietet, die von der privaten Wirtschaft überboten werden müssen“.

Da der Sozialstaat so konstruiert sei,

dass die Lohnskala von oben nach unten zusammengestaucht werde („Ziehharmonika-Effekt“) weise Deutschland die geringste Lohnspreizung auf und sei Weltmeister bei der Arbeitslosigkeit der gering Qualifizierten. Eine Lösung dieses Problems sieht der ifo-Präsident in der „sukzessiven Umwandlung des Lohnersatzes in Lohnzuschüsse“. Der Weg hierzu werde im Programm „Aktivierende Sozialhilfe“ seines Instituts beschrieben. Danach wird das Ar-

(Fortsetzung nächste Seite)



Professor Dr. Hans-Werner Sinn. □

Kommunale Kooperation:

Genossenschaft als attraktive Rechtsform

Kommunalpolitik und Bürgerengagement ersticken in Überregulierung und Mangelverwaltung. Die finanziellen Spielräume der Kommunen brechen weg. Das Umdenken hat mit dem Begriff Public Private Partnership (PPP) begonnen. Indes: Sollen kommunale Aufgaben und Bürgerwohl zum Spielball profitorientierter Privatinteressen Einzelner werden? Darüber streiten sich die Geister. Die Frage ist, ob es Unternehmensformen gibt, die privatrechtliche Unternehmensführung kombinieren mit kommunaler Eigenverantwortung und Bürgerengagement. Die Antwort lautet: „Public Citizen Partnership“ (PCP) in der Rechtsform der Genossenschaft, das heißt, Bürger und Kommunen nehmen ihre Angelegenheiten gemeinsam in die Hand.

Die finanzielle Situation der Kommunen ist gekennzeichnet durch langfristig gebundenes Vermögen sowie eine Einnahmesituation, die oft nicht einmal die laufenden Ausgaben deckt. Der aus früheren oft unproduktiven Investitionen (Verwaltungsgebäude, Schwimmbäder, Schulen, Kindergärten, Theater, Museen usw.) resultierende Erhaltungsaufwand muss zunehmend fremdfinanziert werden und belastet dadurch zukünftige Haushalte. Die Folge: Gebäude und Infrastruktur verfallen, Zuschüsse zu Sozial- und Kultureinrichtungen werden gekürzt oder fallen ganz weg. Für Wirtschaftsförderung fehlen die finanziellen Spielräume, geschweige denn für neue Projekte und Investitionen. Sinnvolle Kommunalpolitik ist so kaum möglich. Da-

(Fortsetzung von Seite 4)

beitslosengeld so modifiziert, dass 500 statt nur 100 Euro eigenen Verdienstes möglich sind. Um zusätzliche Lasten für den Staat zu vermeiden, wird der Regelsatz, den man im Falle der Nichtarbeit erhält, um ein Drittel gekürzt. Damit werde der Staat auf dem Arbeitsmarkt vom Konkurrenten zum Partner.

Für Menschen, die gleichwohl keinen Arbeitsplatz finden, ergebe sich die Möglichkeit, sich bei ihrer Kommune zu einem Lohn in Höhe des heutigen Regelsatzes in einem Leiharbeitsverhältnis beschäftigen zu lassen, bemerkte Sinn. Die Kommune verleihe die ihr anvertrauten Arbeitskräfte unter Zuhilfenahme von Zeitarbeitsfirmen, die bereits Erfahrung mit diesem Geschäft haben, zu einem frei aushandelbaren Honorarsatz an die private Wirtschaft. Dies vermeide Konkurrenz für das lokale Handwerk. Sinn: „Zum einen finden die Kunden der Schwarzarbeiter kein Angebot mehr, weil die ehemaligen Schwarzarbeiter nun acht Stunden am Tag der Gemeinde zur Verfügung stehen, zum anderen kann das Handwerk die entsprechenden Personen entleihen und bei sich beschäftigen.“ □

bei sollen Städte und Gemeinden zur Sicherung des Wirtschaftsstandorts mit „weichen Standortfaktoren“ der drohenden Überalterung oder Abwanderung entgegenwirken.

Bürgerengagement aktivieren

Die Übertragung bestimmter Aufgaben (z. B. Müllentsorgung, Energie) an profitorientierte Privatunternehmen gelingt ohnehin nur dort, wo profitables Wirtschaften erwartet werden kann. Sie führt, so die Befürchtung, tendenziell zur Verschleuderung des Tafelsilbers der Kommunen und zum ungerechtfertigten Substanzverlust öffentlichen Eigentums. Das wollen die Bürger nicht. Stattdessen muss das Bürgerengagement aktiviert werden. Nur dieses lässt jenseits von Profitinteressen persönlichen Einsatz und dadurch kostendeckendes Wirtschaften zu.

Diesen Anforderungen wird die Rechtsform der Genossenschaft als kommunales Organisationsmodell optimal gerecht, denn sie ist nicht gewinnorientiert, sondern der Förderung der Mitglieder verpflichtet. Damit ist sie ausgerichtet wie die Kommune.

Das Genossenschaftsmodell bietet Städten und Gemeinden eine Möglichkeit, Aufgaben im öffentlichen Interesse bürgernah anzubieten bzw. aufrechtzuerhalten. Innovative Konzepte aus den Kommunen heraus sind mehr denn je gefragt, wenn es darum geht, im europäischen „Wettbewerb der Regionen“ eine Zukunft zu haben.

Gemeinsame Verantwortung

Im Mittelpunkt steht die Überlegung, dass entsprechende kommunale Angebote effizienter und damit kostengünstiger erstellt werden können, wenn Nutzer und Bereitsteller gemeinsam Verantwortung tragen. Die Genossenschaft kann hier wichtige Impulse geben, wenn es darum geht, Kostenpotenziale zu heben.

Beispiele in den Bereichen Energie- und Wasserversorgung, Krankenhäuser und Pflegeeinrichtungen sowie Schulen und Wochenmärkte demonstrieren bereits jetzt, dass durch die Kooperation von Bürgern, Vereinen und Gewerbe neue Wege zum Erhalt wichtiger lokaler Infrastruktur beschritten werden können. Für eine derartige Bündelung wirtschaftlicher Kräfte bietet die Genossenschaft nicht nur ein verlässliches Rechtskleid, sondern entfaltet zudem aufgrund ihres Vereinscharakters ein hohes Maß an Identifikation der Mitglieder mit ihrem Dienstleistungsunternehmen.

Wo also dem Bürger der Wegfall von Leistungen unmittelbar droht, ist das Genossenschaftsmodell eine mögliche Alternative zu Rückbau oder Privatisierung. Dabei ist von Vorteil, dass die künftigen Nutzer von Einrichtungen und Leistungen nicht nur in die finanzielle Verantwortung, sondern auch in die inhaltliche Ausgestaltung solcher Aufgaben bewusst einbezogen werden können.

Dass die Umsetzung derartiger Ideen freilich abhängig ist von einem tragfähigen Kompromiss zwischen dem Engagement Einzelner und dem eigentlichen Aufgabenbereich der Kommune, muss ebenso klar sein wie der Umstand, dass nicht alle Aufgaben von Genossenschaften organisiert werden können und sollen. Die Genossenschaft sozusagen als Allheilmittel ins Gespräch zu bringen, wäre fatal - schon allein deswegen, weil sie sich als „schnelle Lösung“ für die finanziellen Engpässe der Kommunen nur sehr bedingt eignet.

Genossenschaften genießen ihren Ruf als Langläufer und Generationenunternehmen auch deshalb, weil sie dort, wo sie bestehen, auch sorgfältig durchdacht und von langer Hand geplant wurden. So empfiehlt es sich, möglichst bevor alle Mittel erschöpft sind oder die Schließung einer Einrichtung unmittelbar bevorsteht, über gemeinsame Lösungsansätze nachzudenken.

Fazit: Die Gründung einer Genossenschaft ist zwar an sich noch kein Garant für den Erhalt beispielsweise einer Stadtbibliothek oder einer gemeindeeigenen Sportanlage. In vielen Fällen aber ist sie der richtige Weg, über optimierte Aufgabenteilung und vorhandene Effizienzspielräume wichtige Strukturen auch in Zeiten leerer Kassen zu erhalten.

Im Übrigen hält die Genossenschaftsgeschichte selbst eine Vielzahl gelungener Kooperationsbeispiele bereit. Nicht selten waren es die Bürgermeister kleinerer Städte und Gemeinden, die mit wenig Geld, aber mit umso mehr Engagement die ersten genossenschaftlichen Selbsthilfeorganisationen in den Gemeinden mitbegründet haben. □

Wir sind Genossenschaft

Wie tief verankert die Unternehmensform in der Bevölkerung ist und welche volkswirtschaftliche Bedeutung sie hat

Stellen Sie sich vor, Sie sitzen in einem Fußballstadion mit mehreren tausend Zuschauern. Sie schauen auf die gegenüberliegenden Ränge und beginnen die Besucher zu zählen: Eins, zwei, drei, vier - jeden vierten Zuschauer markieren Sie in Ihrem Gedächtnis gelb. Fünf, sechs, sieben, acht, neun, zehn, elf, zwölf - jeden zwölften Zuschauer markieren Sie in Ihrem Gedächtnis grün ..

Die Übung ist etwas aufwändig, aber sie lohnt sich. Am Ende blicken Sie auf Zuschauerränge, in denen die Farbe Gelb dominiert und die Farbe Grün wichtige Akzente setzt. Was Sie sehen, ist ein Spiegel der Bedeutung von Genossenschaften in Bayern.

Es gibt im Freistaat mehr als 1.000 Kredit-, Waren- und Dienstleistungsgenossenschaften. Sie haben 2,7 Millionen Mitglieder und beschäftigen direkt oder indirekt wenigstens eine Million Menschen, fast ein Viertel aller 4,3 Millionen sozialversicherungspflichtig Beschäftigten in Bayern. Denn die knapp 300.000 Mitglieder von Waren- und Dienstleistungsgenossenschaften, zum Beispiel Handwerker, haben ihrerseits Unternehmen mit - geschätzt - durchschnittlich mindestens drei Mitarbeitern: Hinzu kommen die knapp 70.000 Beschäftigten bei den bayerischen Genossenschaften selbst. Bezogen auf die gut zwölf Millionen Einwohner Bayerns bedeutet dies: Rund jeder Vierte, Kinder und Rentner mitgerechnet, ist Mitglied in einer Genossenschaft. Und jedem Zwölften dient sie, direkt oder indirekt, zum Broterwerb.

Allein diese Rechenübung verdeutlicht, welche enorme gesellschaftliche und volkswirtschaftliche Rolle die Genossenschaften im Freistaat spielen. Bayerns Genossenschaften erwirtschaften im Jahr eine Wertschöpfung von 3,9 Milliarden Euro, sie haben mehr als 4.000 Auszubildende, zahlen über 300 Millionen Euro Steuern und investieren jedes Jahr über eine halbe Milliarde Euro in den Standort Bayern.

Konjunkturelle Lage, Binnennachfrage, Beschäftigung, Wohlstand - alles hängt maßgeblich von den Genossenschaften ab. Haben sie eine Grippe, bekommt Bayern eine Lungenentzündung. Geht es ihnen gut, blüht auch das Land.

Das lässt sich auch auf Deutschland und ganz Europa übertragen. Bundesweit gibt es rund 8.000 genossenschaftliche Unternehmen mit 20,3 Millionen Mitgliedern, europaweit sind es

235.000 Unternehmen mit 140 Millionen Mitgliedern. Die nackten Zahlen zeigen den flächendeckenden und überwältigenden Erfolg einer Idee, die vor mehr als 150 Jahren entstanden und heute immer noch modern ist: Menschen mit gleichen ökonomischen Interessen schließen sich zusammen, weil sie gemeinsam stärker sind als allein.

„Wir sind Genossenschaft“ - diese Un-

ternehmensform ist in der Bevölkerung tief verankert; sie bietet für Zukunftsbranchen viele Chancen, hat steuerliche Vorteile und erlaubt recht ungewöhnliche Zusammenschlüsse.

Da gibt es z. B. die Klosterbrauerei Reutberg in Oberbayern, die zweimal in ihrer mehr als 300-jährigen Geschichte ums Überleben kämpfte und heute (Fortsetzung nächste Seite)

Die Genossenschaften im Freistaat:

Bedeutender Beitrag für Bayerns Wirtschaft und Gesellschaft

- **1.138 Genossenschaften und genossenschaftliche Unternehmen**

Darunter sind:

→ 354 Volksbanken und Raiffeisenbanken mit 101,5 Mrd. Euro Bilanzsumme,

→ 714 Raiffeisen-Waren- und Dienstleistungsgenossenschaften und genossenschaftliche Unternehmen mit 4,3 Mrd. Euro Umsatz,

→ 140 gewerbliche Waren- und Dienstleistungsgenossenschaften mit 5,3 Mrd. Euro Umsatz.

- **als Wirtschaftsfaktor**

Über 3,9 Mrd. Euro Wertschöpfung als Beitrag zum bayerischen Sozialprodukt (an Mitarbeiter gezahlte Entgelte, Steuern und Jahresüberschuss).

- **als Arbeitgeber**

Insgesamt über 68.800 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, davon:

→ 36.200 bei den 354 Kreditgenossenschaften und

→ 32.600 bei den Waren- und Dienstleistungsgenossenschaften.

- **als Ausbilder**

Mit über 4.000 Auszubildenden ist die Genossenschaftsorganisation einer der bedeutendsten Ausbilder in Bayern.

- **als Steuerzahler**

Mit einem Steueraufkommen von insgesamt über 300 Mio. Euro sind die bayerischen Genossenschaften einer der größten Steuerzahler im Freistaat.

- **als Investoren**

Der Investitionsaufwand von insgesamt über 500 Mio. Euro bedeutet einen beachtlichen Beitrag der Genossenschaftsorganisation zur Förderung der mittelständischen Wirtschaft auch in strukturell oftmals benachteiligten Regionen Bayerns.

- **als Partner des Mittelstandes**

Die bayerischen Volksbanken und Raiffeisenbanken haben insgesamt 59,4 Mrd. Euro an Krediten ausgeliehen. Im Jahr 2005 vermittelten sie 47 Prozent aller LfA-Förderkredite in Bayern und waren damit Marktführer.

- **als Vermögensverwalter**

Die bayerischen Bürger haben 80,9 Mrd. Euro, d. h. jeden fünften in Bayern gesparten Euro, bei einer Volksbank oder Raiffeisenbank angelegt. In den Kundendepots lagen Ende 2005 Wertpapiere im Kurswert von 29,4 Mrd. Euro (inkl. Depots bei verbundeigenen Investmentgesellschaften).

- **dichtestes Dienstleistungsnetz**

Mit 3.346 Geschäftsstellen für ihre über 7 Mio. Kunden verfügen die bayerischen Volksbanken und Raiffeisenbanken über das dichteste Geschäftsstellennetz aller Bankengruppen in Bayern.

- **gesellschaftliches Engagement**

Zusammen mit der Raiffeisen/Schulze-Delitzsch Stiftung Bayerischer Genossenschaften und dem Gewinnspareverein haben die Volksbanken und Raiffeisenbanken in Bayern rund 6,1 Mio. Euro für karitative, sportliche, kulturelle und gemeinnützige Zwecke gespendet.

- **praktizierte Wirtschaftsdemokratie**

2,7 Mio. bayerische Bürger bzw. 27 Prozent der erwachsenen Bevölkerung Bayerns sind Mitglied einer Genossenschaft. Insgesamt engagieren sich 11.211 Mitglieder in den Vorständen (2.914) und Aufsichtsräten (8.297) der bayerischen Genossenschaften und Zentralunternehmen. (Stand. 1. 1. 2006) □



Am Stand des DG Verlages trafen sich während des Verbandstages (v. li.) Stephan Götzl, Dr. Manfred Biehal, Vorstandsvorsitzender des DG Verlages, DRV-Präsident Manfred Nüssel sowie Leonhard Dunstheimer □

Volksbanken und Raiffeisenbanken stark im Mittelstandsgeschäft

Das mittelständische Firmenkundengeschäft bildet den Kern und zugleich die Chance des Bankgeschäfts. Die Volksbanken und Raiffeisenbanken zählen zu den Lieblingsbanken des Mittelstands - mit steigender Tendenz. Sie geben dem Mittelstand vor Ort in den

Wir sind Genossenschaft

(Fortsetzung von Seite 6)

nicht mehr existieren würde, hätten sich nicht beherzte Männer zu einer Genossenschaft zusammengeschlossen. Da gibt es ein Service-Unternehmen für Patentanwälte, das schon seit 25 Jahren als Genossenschaft den Tücken der Globalisierung trotzt. Da gibt es Genossenschaften, die Musikinstrumente herstellen, Kurierdienste anbieten, Sonnenenergie-Anlagen betreiben oder Kachelöfen bauen. Sie alle haben sich nach langem Abwägen für die Unternehmensform entschieden, weil sie feststellten: Es gibt für sie nichts Besseres.

Wie sagt der Vorstandschef einer Genossenschaft? „Jedes unserer Mitglieder, egal ob groß oder klein, besitzt einen Anteil und hat eine Stimme, es gibt kein Übergewicht - eine ideale Lösung.“ Besser lässt sich das Wir-Gefühl nicht ausdrücken, das nur die Unternehmensform der Genossenschaft ermöglicht. Denken Sie daran, wenn Sie wieder einmal in einem Fußballstadion sind ... □

Regionen Sicherheit und Vertrauen.

Umfragen zufolge stehen die bayerischen Volksbanken und Raiffeisenbanken im Konkurrenzvergleich bei insgesamt 25 Kategorien 14 Mal an erster Stelle und elf Mal auf dem zweiten Platz. Kein Konkurrent ist besser. Spitzenplätze werden beispielsweise beim „guten persönlichen Kontakt“, bei der „zügigen und reibungslosen Abwicklung“, bei „maßgeschneiderten Problemlösungen“ oder der „Schnelligkeit im Kreditgeschäft“ erreicht. Kunden-nähe, Kundenkontakt sowie langfristige Kundenpflege sind Kernelemente genossenschaftlicher Bankenstrategie. Der Mensch - der Kunde, der Unternehmer - steht im Mittelpunkt.

Schwerpunktthema

Dennoch schlummern im Firmenkundengeschäft nach wie vor Potenziale, die noch lange nicht ausgeschöpft sind. Aus dem Grund ist dieses Segment ein Schwerpunktthema des Jahres 2006. Der Zeitpunkt hierfür könnte kaum günstiger sein: Die Stimmung in der Wirtschaft wird besser, die Unternehmensinvestitionen steigen. Dieser Umstand ist auch bei den Ausleihungen zu beobachten. Erstmals seit dem Jahr 2000 nahmen sie im vergangenen Jahr zu. Sie wuchsen um ein Prozent auf über 59,4 Milliarden Euro (2004: 59,3 Milliarden Euro). Nahezu zwei Drittel aller bayerischen Volksbanken und Raiffeisenbanken konnten hier eine positive Tendenz vermelden.

Gerade im Firmenkundengeschäft sind die Marktanteile der Volksbanken und Raiffeisenbanken durchaus beachtlich. Ihr Anteil dort beträgt immerhin ein Drittel - im Bereich der Finanzierung bei Firmenkunden 55 Prozent, bei Kapitalanlagen 46 Prozent. Darüber hinaus vermittelten die bayerischen Volksbanken und Raiffeisenbanken im letzten Jahr 47 Prozent aller Kredite der LfA-Förderbank Bayern - so viele wie sonst keiner.

Schneller Kredit für das Handwerk

Um die Kreditvergabe speziell für das Handwerk zu beschleunigen und zu erleichtern, haben die bayerischen Handwerkskammern mit den Genossenschaftsbanken und Sparkassen die Initiative: „Schneller Kredit für das Handwerk“ ins Leben gerufen. Sie soll den Prozess der Kreditbearbeitung und die Abläufe verschlanken.

Die Idee ging von der Handwerkskammer Niederbayern und Oberpfalz aus, die dort die Banken ins Boot holte. Bereits vor einem Jahr gab es erste Informationsveranstaltungen, inzwischen ist die Initiative in dem Regierungsbezirk fast flächendeckend eingeführt. Auch in Schwaben wurde die Initiative Ende März vorgestellt und soll nun schnell vorangetrieben werden. Wegen des Erfolgs in den Pilotbezirken dehnen Handwerkskammern und Banken die Aktion nun auf ganz Bayern aus.

(Fortsetzung nächste Seite)

Zahlen und Fakten

Volksbanken und Raiffeisenbanken in Bayern

Betriebsergebnisse weiter auf hohem Niveau stabilisiert - Bilanzsumme auf Rekordhöhe - Kundengelder und Kreditgeschäft leicht gestiegen

Die bayerischen Volksbanken und Raiffeisenbanken haben ihre Betriebsergebnisse 2005 weiter auf hohem Niveau stabilisiert. Es wurde ein Betriebsergebnis vor Bewertung von 1,0 Milliarden Euro oder 1,00 Prozent der durchschnittlichen Bilanzsumme (DBS) erzielt. Dabei ging die Zinsspanne auf 2,57 Prozent der DBS zurück, während die Provisionspanne auf 0,71 Prozent der DBS gesteigert werden konnte. Die Bilanzsumme wuchs um 1,6 Prozent auf 101,5 Milliarden Euro. Das Einlagengeschäft war geprägt vom weiterhin niedrigen Zinsniveau. Die Kundengelder nahmen um 1,6 Prozent auf

80,9 Milliarden Euro zu. Besonders stark stiegen die Sichteinlagen mit 8,5 Prozent auf 22,7 Milliarden Euro sowie die längerfristigen Spareinlagen mit 3,5 Prozent auf 4,2 Milliarden Euro. Die Ausleihungen nahmen trotz der mäßigen konjunkturellen Entwicklung zum ersten Mal seit dem Jahr 2000 wieder zu und betragen 59,4 Milliarden Euro. Besonders stark engagiert waren die bayerischen Volksbanken und Raiffeisenbanken erneut im Förderkreditgeschäft. So wurden 47 Prozent aller Förderkredite der LfA Förderbank Bayern von den Genossenschaftsbanken vermittelt. Sie sind damit Marktführer. Die 354 Volksbanken und

Verbundgeschäft

- Gesamtes betreutes Kundenanlagenvolumen: 125,7 Milliarden Euro (Vorjahr: 120,1 Milliarden Euro)
- Gesamtes betreutes Kundenkreditvolumen: 68,8 Milliarden Euro

Betriebsergebnis und Eigenkapital

- Zinsspanne: 2,57 Prozent der durchschnittlichen Bilanzsumme
- Provisionspanne: 0,71 Prozent
- Betriebskosten: 2,35 Prozent
- Betriebsergebnis vor Bewertung: 1,00 Prozent

Mittelstandsgeschäft ...

(Fortsetzung von Seite 7)

Der Unternehmer oder Existenzgründer erfährt entweder bei der Handwerkskammer von der Initiative oder bei seiner Genossenschaftsbank, wenn er sein Finanzierungsvorhaben mitteilt. Bei Bedarf erläutert der Berater der Bank die Initiative. Während des Erstgesprächs werden auf einer gut 60 Einzelpunkte umfassenden Checkliste alle Unterlagen angekreuzt, die für die Kreditbearbeitung benötigt werden. Bei der Zusammenstellung der Dokumente werden die Betriebe von den betriebswirtschaftlichen Beratern der Handwerkskammern unterstützt. Innerhalb von zwei Wochen ab Einreichung der vollständigen Unterlagen fällt die Bank in der Regel eine Entscheidung. Eine Kreditzusage kann dadurch zwar nicht garantiert werden, wohl aber eine zügige Bearbeitung.

Bei einer positiven Kreditentscheidung erhält der Handwerker ein schriftliches Kreditangebot der Bank bzw. Sparkasse mit allen wesentlichen Daten der Finanzierung. Im Falle einer Kreditablehnung werden in einem qualifizierten Gespräch die Gründe erörtert und geklärt, wie eine spätere Kreditzusage erreicht werden kann. Für die Betriebe ergibt sich dadurch eine schnellere und transparentere Kreditentscheidung, außerdem verbessern sie ihre Position als Kreditnehmer durch qualifizierte Unterlagen, eine bessere Gesprächsvorbereitung sowie durch ein eventuell positiveres Rating. Die Initiative: „Schneller Kredit für das Handwerk“ eignet sich vor allem für Investitionsfinanzierungen, Betriebsmittelkredite, Kreditverlängerungen und Existenzgründungen, nicht jedoch für Sanierungen und Krisenfälle. □



Stephan Götzl und Erhard Gschrey während der Bilanzpressekonferenz der bayerischen Volksbanken und Raiffeisenbanken. □

Raiffeisenbanken in Bayern haben im vergangenen Jahr in 3.346 Bankstellen mit knapp 35.000 Mitarbeitern rund 7 Millionen Kunden betreut. Damit sind 56 Prozent der bayerischen Bevölkerung Kunde einer Genossenschaftsbank.

Bilanzsumme auf Rekordhöhe

- **Bilanzsumme:** 101,5 Milliarden Euro
- **Kundengelder:** 80,9 Milliarden Euro
- **Ausleihungen:** 59,4 Milliarden Euro
- **Anzahl der Depots:** 660.000
- **Gesamtumsatz auf den Wertpapierdepots der Kunden:** 11,1 Milliarden Euro

- Aufwand-Ertrag-Relation von 71,6 Prozent
- Bilanzielle Eigenmittel (inklusive Genussrechtskapital- und Nachrangkapital): 6,3 Milliarden Euro
- Eigenkapitalquote: 6,3 Prozent

Partner des Mittelstands

- 354 Volksbanken und Raiffeisenbanken
- 9 Fusionen und eine Übertragung
- Durchschnittliche Bilanzsumme: 287 Millionen Euro
- 49 bayerische Genossenschaftsbanken haben eine Bilanzsumme von über 500 Millionen Euro, 144 haben eine Bilanzsumme von über 250 Millionen Euro. Sie vereinen damit (Fortsetzung nächste Seite)

Gemeinsame Initiative von Wirtschaft und Banken:

Schneller Kredit für das Hotel- und Gaststättengewerbe

Für Bayern hat der Tourismus eine herausragende Bedeutung. Allerdings entsteht im Hotel- und Gaststättengewerbe ein zunehmender Investitionsstau, ergab eine Analyse des Bayerischen Wirtschaftsministeriums. Dadurch könnte das touristische Angebot Bayerns gegenüber angrenzenden Urlaubsregionen wie Österreich, Südtirol und Schweiz ins Hintertreffen geraten. Eine gemeinsame Initiative von Wirtschaft und Banken soll nun dafür sorgen, dass das Hotel- und Gaststättengewerbe in Bayern schneller an Kredite kommt.

Hotel- und Gaststättenbetriebe, die investieren wollen, kritisieren bisweilen, dass Banken während der Bearbeitung eines Kreditantrages Informationen und Unterlagen nachfordern. Das verzögere die Kreditentscheidung. Die Banken dagegen stellen fest, dass die Antragsteller die Unterlagen, die für eine Kreditentscheidung notwendig sind, nicht vollständig, nicht in der erforderlichen Qualität oder nur schleppend einreichen.

Deshalb wurde eine Checkliste für notwendige Kreditunterlagen speziell als Leitfaden für Finanzierungsanfragen aus der Hotel- und Gaststättenbranche erarbeitet. Sie wird von den bayerischen Volksbanken und Raiffeisenbanken bereitgehalten. Mithilfe dieser Checkliste sollen Finanzierungsanfragen künftig schneller bearbeitet werden. Der Leitfaden ermöglicht einerseits dem Unternehmen, in einer übersichtlichen Form die für eine Anfrage notwendigen Unterlagen zu erkennen. Andererseits können die Kreditinstitute nach Einreichung der vollständigen Unterlagen eine fundierte Kreditentscheidung treffen. Die Initiative bietet Vorteile für alle Beteiligten. So ist es beispielsweise einer Kreditgenossenschaft möglich, auf der Basis von qualifizierten und kompletten Unterlagen eine effizientere Kreditbearbeitung und -entscheidung zu realisieren. Die Antragsteller aus dem Hotel- und Gaststättengewerbe wiederum erhalten eine transparentere Kreditentscheidung und können durch die Qualität der eingereichten Unterlagen ihre Kompetenz unterstreichen. □

Mit VR-Bildungsfinanzierung die Studiengebühren abdecken

Die bayerischen Volksbanken und Raiffeisenbanken nehmen ihren historischen Förderauftrag und ihre gesellschaftliche Verantwortung ernst. Deshalb haben sie frühzeitig ein eigenes Modell zur Studienfinanzierung entwickelt: die VR-Bildungsfinanzierung.

Im Rahmen des so genannten Heimatbankmodells stellen die bayerischen Kreditgenossenschaften ein Finanzierungsvolumen in Höhe von 45 Millionen Euro zur Verfügung. Ganz bewusst wird den Studenten keine Vollfinanzierung, sondern eine Teilfinanzierung des Studiums in Höhe von maximal 250 Euro pro Monat für höchstens zehn Semester zu einem Zinssatz von unter 5,1 Prozent p. a. zur Verfügung gestellt. Das gibt den Studenten die Möglichkeit, die Studiengebühren in Höhe von 500 Euro pro Semester bzw. 83 Euro pro Monat und einen Teil des Lebensunterhalts zu decken. Zugleich bleibt damit die kreditfinanzierte Bildungsinvestition in Höhe von maximal 15.000 Euro für den einzelnen Studenten überschaubar.

Grundsätzlich kann jeder Student ein

Darlehen bekommen, unabhängig von seinen Vermögensverhältnissen oder denen der Eltern. Auch das Studienfach ist nicht relevant. Die einzige Voraussetzung ist die Mitgliedschaft bei einer Kreditgenossenschaft. Die genauen Konditionen gibt es bei den Volks- und Raiffeisenbanken vor Ort. Sie ermitteln gemeinsam mit den jungen Kunden ihren finanziellen Bedarf.

Das Angebot der bayerischen Volksbanken und Raiffeisenbanken zur Studienfinanzierung ist ein Erfolgsmodell. Binnen eines Jahres gaben die Institute 93 VR-Bildungsfinanzierungen im Wert von mehr als 1,1 Millionen Euro aus. Obwohl Studiengebühren in Bayern erst zum Sommersemester 2007 eingeführt werden, steigt die Nachfrage nach Studienkrediten kontinuierlich. □

Volksbanken und Raiffeisen...

(Fortsetzung von Seite 9)
drei Viertel des Bilanzvolumens der Gruppe auf sich

- Vermittlung von 47 Prozent (im Vorjahr: 53 Prozent) aller Förderkredite der LfA Förderbank Bayern mit einem Anteil am Volumen von 37 Prozent (im Vorjahr 42 Prozent)

Persönlicher Service für Kunden und Mitglieder

- 3.346 Bankstellen und damit das

weitaus dichteste Geschäftsstellennetz aller Bankengruppen in Bayern

- 35.000 Mitarbeiter, darunter 2.313 Auszubildende; das entspricht einer Ausbildungsquote von 6,6 Prozent
- 3.829 Geldausgabeautomaten und 4.323 Kontoauszugsdrucker
- 12,9 Millionen Kundenkonten
- Internetbanking und Wertpapier-Brokerage über das Internet-Portal www.vr-networld.de
- Rund 2,42 Millionen Mitglieder, jeder fünfte Einwohner in Bayern ist Mitglied einer Kreditgenossenschaft. □



Verbundstudium der Genossenschaftsbanken

Studieren ohne Kosten, Praxis sammeln, Geld verdienen - so lautet das Angebot der Volksbanken und Raiffeisenbanken an interessierte junge Menschen. Die bayerischen Kreditgenossenschaften bieten Schulabgängern mit Hochschulzugangsberechtigung flächendeckend seit Herbst 2005 eine duale Ausbildung an, die in fünf Jahren zu zwei vollwertigen Abschlüssen führt: IHK-Prüfung zum Bankkaufmann und BWL-Diplom bzw. Bachelor an einer von 16 bayerischen Fachhochschulen. 30 Banken quer durch ganz Bayern beteiligen sich bereits im ersten Jahr an der dualen Ausbildung. □

Raiffeisen-Waren- und Dienstleistungsgenossenschaften:

„Hidden Champions“ der bayerischen Wirtschaft

714 genossenschaftliche Unternehmen betreiben in Bayern das ländliche Waren- und Dienstleistungsgeschäft, darunter unter anderem 118 Kreditgenossenschaften mit Warenverkehr, 25 Molkereigenossenschaften, 35 Warengesellschaften sowie Bezugs- und Absatzgenossenschaften, 160 andere Warengenossenschaften und 202 Dienstleistungsgenossenschaften. Sie erzielten einen Gesamtumsatz von 4,3 Milliarden Euro (Vorjahr 4,1 Milliarden Euro) und sind die „hidden champions“ der bayerischen Wirtschaft. 55 Prozent des Umsatzes entfielen auf den Molkereisektor (2,4 Milliarden Euro), elf Prozent auf das Warengeschäft der Kreditgenossenschaften (485 Millionen Euro), neun Prozent auf die Gruppe der Warengesellschaften sowie Bezugs- und Absatzgenossenschaften (395 Millionen Euro), 20 Prozent auf andere Warengenossenschaften (849 Millionen Euro) und knapp vier Prozent auf die Dienstleistungsgenossenschaften (158 Millionen Euro). Insgesamt waren im Raiffeisen-Waren- und Dienstleistungssektor knapp 7.900 Mitarbeiter beschäftigt.

Raiffeisen-Warengeschäft

Die addierten Umsätze im ländlichen Warengeschäft beliefen sich 2005 auf 880 Millionen Euro. Die Umsatzentwicklung ist insbesondere auf Preisentwicklungen zurückzuführen. Das Absatzgeschäft nahm aufgrund weiter rückläufiger Preise um 4,5 Prozent ab. Im Bezugsgeschäft konnte eine Steigerung um 5,3 Prozent erzielt werden.

Unter den 153 Unternehmen, die das traditionelle ländliche Warengeschäft führen, waren 118 Kreditgenossenschaften mit einem Umsatzanteil von 55 Prozent. Daneben wird das ländliche Warengeschäft von 30 Warengesellschaften mit 39 Prozent Umsatzanteil sowie von fünf Bezugs- und Absatzgenossenschaften mit sechs Prozent Umsatzanteil geführt. Zu den Umsatzerlösen trägt das reine Agrargeschäft 61 Prozent bei.

Milchwirtschaftliche Genossenschaften

Die 27 bayerischen Genossenschaftsmolkereien mit Verarbeitungsbetrieb (inkl. zwei Zentralen) und die 174 Milchliefergenossenschaften ohne eigenen Geschäftsbetrieb besitzen

63.142 Mitglieder. Mit ihren über 3.000 Mitarbeitern konnten sie im Jahr 2005 einen Gesamtumsatz von rund 2,4 Milliarden Euro erzielen (plus 3,5 Prozent).

Die genossenschaftlichen Molkeereien erfassten im Jahr 2005 mit rund 3.674 Tausend Tonnen 4,6 Prozent mehr Milch als im Vorjahr und damit etwa 48 Prozent der bayerischen Milchmenge. Der Milchauszahlungspreis lag mit 28,36 Cent/kg Milch in etwa auf dem Niveau des Vorjahres. Die Käseproduktion, der wichtigste Verarbeitungsbereich bei den Molkereigenossenschaften, stieg 2005 auf 301 Tausend Tonnen, die Butterherstellung um 5,8 Prozent auf 28,2 Tausend Tonnen.

Viehvermarktungsgenossenschaften

Die acht Viehvermarktungsgenossenschaften zählen insgesamt über 45.000 Mitglieder. Sie sorgen für eine sichere, markt- und qualitätsgerechte sowie kontinuierliche Erzeugung und Vermarktung von Fleisch. In der Qualitätskontrolle sind diese Genossenschaften führend. Die Zahl der Schlachtungen blieb mit 290.000 Tieren nahezu konstant. Die Lebendvermarktung stabilisierte sich bei 1.353.000 Stück. Mit 1.748.000 Stück nimmt die Vermarktung von Nutztvieh einen bedeutenden Anteil ein. Der Gesamtumsatz stieg von 546 auf 573 Millionen Euro: ein Plus von fünf Prozent.

Winzergenossenschaften in Franken

Die acht fränkischen Winzergenossenschaften erzielten im vergangenen Weinwirtschaftsjahr (1. 8. 2004 - 31. 7. 2005) einen Weinabsatz von 227.000 Hektoliter (hl). Der Umsatz fiel leicht ab auf 50 Millionen Euro. Der Durchschnittserlös für Wein sank von 253 auf 220 Euro pro hl. Mit einer Erntemenge 2005 von 153.000 hl (minus 10 Prozent) haben die Winzergenossenschaften wieder knapp 39 Prozent der fränkischen Weinernte eingebracht. 85 Prozent wurden zu Prädikatsweinen verarbeitet mit durchschnittlich 88° Öchsle.

Den Winzergenossenschaften gehören knapp 3.800 Mitglieder mit einer Rebfläche von 2.315 Hektar (ha) an. Der Hektarertrag lag mit 70 hl/ha deutlich unter dem Vorjahreswert von

84 hl/ha.

Obst- und Gemüsegenossenschaften

Der Gesamtumsatz der 20 Obst- und Gemüsegenossenschaften sank auf 71,2 Millionen Euro. Davon entfielen 43,6 Millionen Euro auf die Erlöse der elf genossenschaftlichen Verarbeitungsbetriebe zur Herstellung von Fruchtsäften und Gemüsekonserven.

Weitere ländliche Warengenossenschaften

Die 122 weiteren ländlichen Warengenossenschaften (Bezugs- und Absatzgenossenschaften sowie Brennerei- und Hopfenverwertungsgenossenschaften usw.) mit ihren rund 10.200 Mitgliedern erzielten mit 155 Millionen Euro einen im Vergleich zu 2004 um 3,7 Prozent höheren Umsatz.

Ländliche Dienstleistungsgenossenschaften

Die 202 ländlichen Dienstleistungsgenossenschaften mit rund 72.000 Mitgliedern und 1.027 Beschäftigten erzielten 2005 Umsatzerlöse von 159 Millionen Euro. Innerhalb der genossenschaftlichen Dienstleistungssparte zählen die acht Zuchtgenossenschaften mit 28.645 die meisten Mitglieder, gefolgt von den 35 Trocknungsgenossenschaften mit 23.115 Mitgliedern und den 34 Elektrizitätsgenossenschaften mit über 9.000 Mitgliedern. 50 Weide-, 40 Wasserleitungs- und 35 sonstige Genossenschaften gehören gleichfalls zum ländlichen Dienstleistungsbereich.

Gewerbliche Waren- und Dienstleistungsgenossenschaften

Die 140 gewerblichen Waren- und Dienstleistungsgenossenschaften sind mit 10.357 Mitarbeitern (Vorjahr: 10.550) bedeutende Arbeitgeber in Bayern. Trotz schlechter Konjunktur haben sie sich sehr gut behauptet. Sie haben 77.373 Mitglieder (Vorjahr: 77.270).

Neben eher traditionellen Branchen wie zum Beispiel den Handwerks-genossenschaften gibt es auch immer mehr Mitglieder aus Dienstleistungsbranchen wie dem Gesundheitswesen, der Rechtsberatung oder den neuen Medien.

Die 25 sonstigen Handwerks-genossenschaften setzen sich zusammen aus Brauereigenossenschaften sowie Genossenschaften der Schuhmacher, Friseur, Schreiner, Schlosser, Schmiede und des Baunebengewerbes.

(Fortsetzung nächste Seite)

Die genossenschaftliche Unternehmensform:

Ein interessantes Steuersparmodell für Existenzgründer und Unternehmer

2,7 Millionen Bürger des Freistaats sind Mitglied in einer bayerischen Genossenschaft. Somit haben sich rund ein Viertel aller Bayern mit Teilen ihres Vermögens an Unternehmen beteiligt, die „die Förderung des Erwerbs oder der Wirtschaft ihrer Mitglieder mittels gemeinschaftlichen Geschäftsbetriebes bezwecken“.

Den Werten der Selbsthilfe, Selbstverantwortung und Selbstverwaltung verpflichtet, investieren sie privates Kapital in ein Unternehmen, im angelsächsischen Sprachgebrauch als „private equity“ bezeichnet. Damit stellen diese 2,7 Millionen Unternehmer dauerhaft Eigenkapital zur Verfügung, um zielgerichtet Marktlücken zu besetzen, Marktversagen zu korrigieren, Marktpositionen zu stärken, Innovationen voranzutreiben, Traditionen zu pflegen, unternehmerisch tätig zu werden oder auch, um auf legale Weise Steuern zu sparen.

Unternehmerisches Erfolgsmodell

Denn die Genossenschaft ist nicht nur ein unternehmerisches Erfolgsmodell, sondern bietet auch eine Vielzahl von steuerlichen Vorteilen. Sie ist immer dann interessant, wenn bei Fortbestand der eigenen Selbstständigkeit eine oder mehrere Funktionen oder Bereiche ausgelagert werden sollen, die

(Fortsetzung von Seite 10)

Handelsgenossenschaften

Die 26 Handelsgenossenschaften bilden die umsatzstärkste Gruppe unter den gewerblichen Waren- und Dienstleistungsgenossenschaften. Die höchsten Umsätze erreichten: Sanacorp eG, Planegg, mit 2,53 Milliarden Euro, GES Großeinkaufsring des Süßwaren- und Getränkehandels eG, Nürnberg, mit 897 Millionen Euro, P.E.G. Einkaufs- und Betriebsgenossenschaft eG, München, mit 401 Millionen Euro, VEDES Vereinigung der Spielwarenfachgeschäfte eG, Nürnberg, mit 274 Millionen Euro, Dachdecker Einkauf Süd eG, mit 137 Millionen Euro.

Sonstige gewerbliche Waren- und Dienstleistungsgenossenschaften

In dieser Gruppe sind 52 Genossenschaften aus den verschiedensten Wirtschaftsbereichen zusammengefasst. Ihr Gesamtumsatz beläuft sich auf 662 Millionen Euro, wobei allein 581 Millionen Euro auf die DATEV eG, Nürnberg, mit über 39.000 Mitgliedern entfallen. □

zusammen mit anderen „Gleichgesinnten“ kostengünstiger, effektiver und erfolgreicher betrieben werden können. Die Kombination der Strukturen einer Kapitalgesellschaft und eines personenbezogenen Vereins ermöglichen einen gemeinsamen Geschäftsbetrieb, der neben dem von den Mitgliedern zu Verfügung gestellten Kapital auch Leistungsströme zwischen Mitglied und Genossenschaft umfasst.

Durch die Möglichkeit, Überschüsse als genossenschaftliche Rückvergütung zu verteilen, wird die Besteuerung dieser Beträge auf das Mitglied verlagert. Besonders in den Fällen, in denen für Mitglieder günstigere steuerliche Bedingungen bestehen als für ein Gemeinschaftsunternehmen, werden die Vorteile der gemeinsamen Geschäftsausübung und die steuerlichen Möglichkeiten der Mitglieder verknüpft. Andere Rechtsformen bieten diese Möglichkeiten nicht oder nur eingeschränkt.

Drei Fallbeispiele:

1. Steuerfreie Genossenschaften in der Landwirtschaft

Die im Mitgliederzweckgeschäft erwirtschafteten Überschüsse können steuerfrei thesauriert werden. Verteilungen dieser Überschüsse können als genossenschaftliche Rückvergütung oder als Dividende erfolgen. Bei Zahlung von Rückvergütungen erhalten die Mitglieder zusätzlich Umsatzsteuer vergütet, die sie nicht an das Finanzamt abführen müssen, wenn diese als sogenannte Pauschalbesteuerer behandelt werden. Wird die Verteilung als Dividende beschlossen, unterliegen die Einkünfte bei den Mitgliedern nur noch der hälftigen Einkommensbesteuerung.

2. Freiberufler gründen Genossenschaft

Freiberuflich tätige Unternehmer (zum Beispiel Ärzte, Rechtsanwälte) haben keine Gewerbesteuer zu entrichten. Bei Kooperationen dieser Selbstständigen ist das gemeinsame Unternehmen in der Rechtsform Personengesellschaft, GmbH oder Aktiengesellschaft immer gewerbesteuerpflichtig. Dies hat zur Folge, dass die gemeinsam erwirtschafteten Überschüsse der Gewerbesteuer unterworfen werden müs-

sen, bevor eine Verteilung an die Gesellschafter erfolgen darf.

Bei einer Überschussverteilung einer Genossenschaft (als Kooperationsunternehmen) führt die Abziehbarkeit als Betriebsausgabe zu einer Gewerbesteuerentlastung. Daneben stellt die Mitgliedschaft keine Beteiligung dar, die zu einer gewerblichen Prägung des freiberuflichen Unternehmers führen kann.

3. Verdeckte Gewinnausschüttung

Bei Leistungen von Kapitalgesellschaften an deren Gesellschafter prüfen die Finanzämter äußerst restriktiv, ob verdeckte Gewinnausschüttungen vorliegen. Jede Preisgestaltung gegenüber Gesellschaftern steht im „steuerlichen Verdacht“ einer verdeckten Gewinnausschüttung. Demgegenüber ist bei Genossenschaften die Besorgung von Preisvorteilen gesetzlicher Förderauftrag, sodass auch bei der Weitergabe von Preisvorteilen über den Marktpreis hinaus keine verdeckte Gewinnausschüttung angenommen wird. Dies ist so lange der Fall, als durch diese Vorteilsgewährungen bei der Genossenschaft keine Kostenunterdeckung entsteht.

In einer Musterrechnung wurde beispielhaft unterstellt, dass Landwirte eine Biogas eG gründen. Der Belastungsvergleich zeigt deutlich, dass sich insbesondere im landwirtschaftlichen Bereich für Kooperationslösungen die Rechtsform der Genossenschaft geradezu anbietet. Mit ihr ist es nicht nur möglich, den Ertrag für jedes Mitglied steuerlich zu optimieren, sondern es kann auch der durch das Gemeinschaftsunternehmen erzielte Überschuss per Rückvergütung (Umsatzsteuer) noch erhöht werden. □

Bayerische Gemeindezeitung

Kommunalpolitik · Wirtschaft · Recht · Technik · Praxis

Sonderdruck der

Bayerischen Gemeindezeitung

Redaktion: Doris Kirchner

Verantwortlich: Anne-Marie von Hassel

Anschrift und Sitz des Verlags

Verlag Bayerische Kommunalpresse GmbH

Postfach 825, 82533 Geretsried

Telefon 08171 / 9307-11, -12, -13

Telefax 08171 / 805 14

eMail: info@gemeindezeitung.de

Internet: http://www.gemeindezeitung.de

Druck:

Creo-Druck, Gutenbergstr. 1, 96050 Bamberg

Druck auf Recycling-Papier.

Ein Blatt mit Profil!

Profil zeigen, geben und schärfen: Aus der Interessenvielfalt der bayerischen Genossenschaften filtert »Profil – das bayerische Genossenschaftsblatt« das Wesentliche, bündelt Informationen aussagekräftig und vermittelt sie zielgruppenorientiert.

Profil bietet: Themen fundiert und praxisnah, Nachrichten aktuell und exklusiv, Reportagen originell und unterhaltsam.

Ein »Blatt mit Profil« – und damit mehr als nur ein Fachmagazin für die Mitglieder des Genossenschaftsverbands Bayern (GVB). Der Leserkreis wird größer, denn der GVB ist zukunftsorientiert, wettbewerbsfähig, effizient und zeitgemäß.



Ja, ich will das »Blatt mit Profil« kennen lernen!

Deshalb möchte ich »Profil – das bayerische Genossenschaftsblatt« 6 Ausgaben lang **kostenlos** testen und erhalte als Dankeschön das Buch »Fußball unser« aus der SZ-Bibliothek.

Wenn mich »Profil – das bayerische Genossenschaftsblatt« überzeugt, brauche ich nach Erhalt der 6 Ausgaben nichts weiter zu tun. Ich erhalte danach Profil für mindestens ein Jahr (12 Ausgaben) zum Bezugspreis von zzt. **45 Euro** (inkl. Versand und zzgl. MwSt.). Das Abonnement verlängert sich automatisch um ein weiteres Jahr, wenn ich nicht jeweils 6 Wochen vor Ablauf des Bezugszeitraumes schriftlich kündige. Möchte ich Profil nach den 6 Ausgaben nicht weiter beziehen, melde ich mich innerhalb von 10 Tagen nach Erhalt des vierten Heftes schriftlich beim Genossenschaftsverband Bayern e.V.

Name, Vorname

Firma, Abteilung

Straße, Nr.

PLZ, Ort

Telefon, E-Mail

Deshalb bestelle ich »Profil – das bayerische Genossenschaftsblatt« gleich zum günstigen Jahrespreis von zzt. **45 Euro** (12 Ausgaben inkl. Versand und zzgl. MwSt.).

Ich kann nach Ablauf eines Jahres jederzeit schriftlich kündigen. Das Buch »Fußball unser« aus der SZ-Bibliothek erhalte ich nach Bezahlung der Jahresrechnung als Geschenk gratis dazu.

Ich zahle bequem und bargeldlos per Bankeinzug.

Name der Bank, BLZ

Konto-Nr.

Datum, Unterschrift

Am besten gleich abschicken:

Fax 089-2868-3405 **Post** Redaktion Profil – das bayerische Genossenschaftsblatt, Genossenschaftsverband Bayern e.V., Türkenstraße 22-24, 80333 München **E-Mail** Profil@gv-bayern.de
Telefon 089-2868-3403